

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930 42 (1928)

114 (16.5.1928)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-526481](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-526481)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Abonnementspreis beträgt für einen Monat für Abnehmer von der Expedition (Poststraße 76) 2.15 Reichsmark, bei Danz und durch die Post bezogen für den Monat 2.50 Reichsmark.

Republik

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland.

Hauptredaktion: Peterstraße 76
fernsprecher Nr. 58

Wilhelmshaven-Rüstringen, Mittwoch, den 16. Mai 1928 * Nr. 114

Redaktion: Peterstraße 76
fernsprecher Nr. 58

Unsere Wahlvorschläge.

Wie wähle ich zum Reichstag?

Liste 1: Henke, Hünlich, Tempel, Wellmann.

Wie wähle ich zum oldenburgischen Landtag?

Liste 1: Hug, Zimmermann, Meyer, Schömer.

Wie wähle ich zum preussischen Landtag?

Liste 1: Subert, Wellmann, Ebeling, Fooker.

Wählt überall Liste 1

Endlich die richtige Erkenntnis!

(Berlin, 16. Mai. Radiobienh.) Einer der Mitbegründer der kommunistischen Partei Deutschlands, Jacob Heinen, fordert heute im „Vorwärts“ die Arbeiterklasse auf, bei der Wahl am kommenden Sonntag der Liste 1 der Sozialdemokratischen Partei ihre Stimme zu geben. Wörtlich sagt Heinen zum Schluss seines Artikels:

„Das aktive, energiegeladene, politische Leben der breitesten Volksschichten, das ist es, was wir erreichen wollen. Es fehlt in Deutschland, bei uns wird es durch den Kampf der Arbeitermassen eingeeignet. Deshalb Schlus mit dem gegenseitigen Haß und der gegenseitigen Selbstverleumdung! Hinein in die Sozialdemokratische Partei, die noch immer imstande ist, als Sammelboden für die gesamte Arbeiterklasse zu dienen. Am 20. Mai alle Stimmen für die Partei durch Abgabe des Stimmzettels mit dem Kreuz im Feld der Liste 1.“

Wie sie ihre Wahlen machen!

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ hat der Verband der Mitteldeutschen Industrie in Weimar seinen Mitgliedern aufgegeben, zur Deduktion der Kosten für die

Reichstagswahlen pro Arbeitnehmer eine Umlage von 1 c 1 Mark zu zahlen. Verschiedene Unternehmerverbände, so zum Beispiel der Arbeitgeberverband in Gotha, erheben von ihren Mitgliedern eine weitere Umlage von je 1 Mark für den Arbeitnehmer. In Gotha wird außerdem noch die sogenannte „Wetter-Umlage“ ebenfalls in Höhe von 1 Mark für jeden beschäftigten Arbeitnehmer erhoben. Dabei wird selbstverständlich nach Augen hin der Unheimlichkeit gewacht, als wenn es sich nur darum handelte, die Interessen der Industrie zu wahren ohne bestimmte parteipolitische Einstellung. Tatsächlich ist aber nach dem oben genannten Blatt das Vorstandsmitglied der Mitteldeutschen Industrie, Dr. Wetter-Gotha, der bisher schon Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei war und von dieser Partei wieder an aussichtsreicher Stelle in Thüringen aufgestellt worden ist.

Die ganze Sammelartigkeit dürfte also wohl der Erfüllung des Wahlzwecks der Deutschen Volkspartei in Thüringen dienen. Das Vorgeschriebene wird sehr merkwürdig, weil zahlreich Mitglieder der Industrieverbände der Deutschen Volkspartei gar nicht angehören. Sie aber der Bezahlung der Umlage laun erliegen können. Es befinden sich Geschäftsleute darunter, die geschäftliche Verbindungen befürchten müssen, wenn sie durch Verweigerung der Umlage ihre politische Meinung offenbaren. Die Deutsche Volkspartei aber kann mit dem Gelde, das aus andersgearteten Industriellen und Geschäftsleuten abgezogen wird, eine kostspielige Wahlkampfkampagne betreiben.

Die Wechselgeschäfte des Eisig Silbermann.

Große Betrugsgeschäfte und dann spurlos verschwunden.

(Eigenbericht aus Köln.) Große Wechselbetriebe hat der Kaufmann Eisig Silbermann in Köln betrieben. In seinem Wechselgeschäft kauften viele kleine Beamte und Angestellte Zimmereinrichtungen gegen Vergabe von Aktien. Die Möbel wurden jedoch nur zum Teil oder überhaupt nicht geliefert. Silbermann gab trotzdem in allen Fällen die Wechsel weiter, und hinterließ den Wechselgebern Wechselverpflichtungen in Höhe von mehr als 100 000 Mark. Der Betrüger, der bereits verhaftet, aber wieder entlassen worden war, ist jetzt mit seiner Familie spurlos verschwunden.

Schade, daß Sherlock Holmes tot ist...

Aus Paris wird gemeldet, daß dort der Polizeibehörde

ein Scheck von einer Million Franc als Belohnung für ihre Beamten zur Verfügung gestellt wurde, um so die Wiederherstellung einer verschwundenen Personenteile im Werte von sieben Millionen Franc zu erzielen.

Wenn neuen Schnellkeilorterbereich täusch abgeklagt.

(Münster, 16. Mai. Radiobienh.) In Columbia ereignete sich ein schwerer Flugzeugunfall. Dort wollte der Fliegeroffizier Wale einen neuen Schnellkeilorterbereich aufstellen. In einer Höhe von 50 Meter überschlug sich die Maschine jedoch und stürzte in einen See. Wale konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Vom Chemann erzählt.

Im Hause Sidingentstraße 4 in Berlin spielte sich eine furchtbare Tragödie ab. Der in dem Hause wohnende 46 Jahre alte Reisende Albert Streichbach überfiel seine Frau im Schlaf und ermordete sie. Er selbst verstarb nach volldauernder Zeit durch Einatmen von Rauchgas das Leben zu nehmen.

Große Saison für Taschendiebe.

Nämlich in Köln, auf der internationalen Pressenausstellung.

(Eigenbericht aus Köln.) Die Pressenausstellung in Köln ist bereits von internationalen Taschendiebstählen heimgesucht worden. Obwohl die Kriminalpolizei besondere Maßnahmen gegen diese unerwünschten Besucher ergreifen hat, gelang es doch einem dieser Gauner, einem Kommissionsärzter während der Straßenbahnfahrt die Brieftasche mit 6000 Mark zu entwenden. — Ein Kölner Taschendieb, der im Gedränge an einer Straßenbahnhaltestelle, in eine fremde Tasche langte, wurde ertappt und festgenommen.

Ein Raubmord nach acht Jahren aufgefährt.

Im Jahre 1920 wurde der Landwirt und Pferdehändler Wilhelm Krause aus Brüssow im Brandenburgischen

am Ufer eines Sees tot aufgefunden. 2000 Mark, die er am Tage vorher noch bei sich gehabt hatte, fehlten. Dieser Umstand, Verletzungen am Kopfe der Leiche und einige Blutspuren in der Nähe des Sees, ließen auf einen Raubmord schließen. Die damaligen Ermittlungen blieben jedoch ergebnislos. Vor einigen Monaten tauchten neue Verdachtsmomente auf. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Vrenzlau entliefen jetzt die Verbrechenkriminalpolizei Berlin einen Beamten nach Brüssow. Dortem gelang es, den Verdachten aufzufassen. Der 50 Jahre alte Raubmörder Erich Jaitrow und ein 31 Jahre alter Arbeiter Alfred Kied, beide aus Brüssow, wurden unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft festgenommen und überführt. Jaitrow hat jetzt ein Geständnis abgelegt.

Wohin am 20. Mai?

Von

Elwine Wellmann, Donabstrüß.

In Deutschland wählen zwei Millionen Frauen mehr als Männer. Das heißt also, daß die Gestaltung des Staatswesens und die politische Gesetzgebung in erster Linie von der Wahlbeteiligung der Frauen abhängt.

Es erübrigt sich, auf die politische Unmündigkeit der Frauen vor dem und während des Krieges näher einzugehen, weil ja alle Frauen wissen, daß sie bis zum Ausbruch der Revolution 1918 keine Rechte hatten. Aber notwendig erscheint es mir, vor den Wahlen zum Reichstag und Landtag am 20. Mai wieder daran erinnern zu werden, daß wir Frauen aus der politischen Entrechtung, aus der Gleichstellung mit Gestörten und Verbrechern, die ebenfalls nicht wählen durften, die politische Konsequenz ziehen müssen.



Da ist erstens die Staatsform, der wir unter Interesse zuzuwenden haben. Der Krieg hatte die Stützen des alten monarchischen Staates stark unterhöhlt. Er brachte die großen Klassen des Volkes zu dem Erkennen, daß der Staat nicht nur zu nehmen, sondern auch zu geben hat — und daß schließlich der Staat nicht nur aus wenigen, nur wegen ihres Geldes mächtigen Menschen, sondern aus dem ganzen Volke besteht, das ihn doch ausschließlich ausfüllt. An die Spitze eines solchen Volksstaates aber gehört kein Monarch, der keine Funktion dem Zufall seiner Geburt verdankt, sondern ein Vertreter des Volkes, der vom Volke gewählt wird und vom Volke abberufen werden kann, wenn er gegen seine Interessen verstößt. — Dieses Erkennen und die Not, das Volk, welches außerdem der Krieg schuf, hat zur Revolution, zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 geführt. Was ihr ging unter der Leitung der Sozialdemokratie die deutsche Republik, der Volksstaat, hervor.

Das Volk gab sich durch die von ihm gewählte Nationalversammlung am 11. August 1919 in Weimar seine Verfassung, die allen Angehörigen der deutschen Nation, Mann und Frau, das Recht auf — und die Pflicht zur Mitarbeit am Aufbau dieses Volksstaates gewährleistet.

Die Frauen können also nur zur deutschen Republik stehen, weil nur in ihr ihre Gleichberechtigung gesichert ist; und in konsequenter Folgerung müssen sie der Sozialdemokratie ihre Stimme geben, weil nur sie auf Grund ihrer Weltanschauung diesen Staat aus vollster Überzeugung bejahen kann — und sie somit die stärkste Stütze der Republik ist.

Aber allein die Staatsform genügt nicht, wenn nicht staatsbildende, freundliche und lebendige Kräfte an ihrer Vervollendung zum Wohle für alle wirken.

Die deutsche Republik wird erst ganz Volksstaat sein, wenn in ihr die Macht der bürgerlichen Parteien gestochen ist, die sich dem Aufstiege des Volkes hemmend und verhängnisvoll entgegenstellen.

Diese Macht kann das deutsche Volk, das in seiner überwiegenden Mehrheit von den Vertretern des Kapitals abhängig ist und unterdrückt wird, vorwiegend aber die Frauen, brechen, wenn es am Wahltag von dem Stimmzettel richtigen Gebrauch macht. Der Stimmzettel, den wir in die Wahlurne tun, bedeutet die Gesetzgebung für oder gegen uns.

Wir wissen, was uns die letzten Jahre „Bürgerblockade“ (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Zentrum) gebracht haben. Ist es noch notwendig, die antisozialistische Einstellung des Bürgerblocks näher zu bezeichnen, wenn wir die eine Last der Erwähnung, daß die Bürgerblockparteien sich nicht scheuen und geschämt haben, fünf Millionen für Kinderzuspaltung — angeblich der Lasten, daß zum Beispiel im Waldenburger Bergbaurevier 41 Prozent der Kinder ohne warmes Frühstück zur Schule gehen und für 25 Prozent der Kinder nach Schluß kein warmes Mittagessen zur Verfügung steht — abzulehnen!

Sogar Frauen der Bürgerblockparteien im Reichstag stimmten gegen die Bewilligung der fünf Millionen für Kinderzuspaltung. Ihre Namen müssen ein für allemal in der politischen Geschichte festgehalten werden: Frau Dr. Behm (Dnati.), Frau Müller-Ottfried (Dnati.), Frau Schott (Dnati.), Frau v. Sperber (Dnati.), Frau Philipp (Zentrum), Frau Teufel (Zentrum), Frau Dr. Wagh (Dnati.), Frau Lang-Brummann (Bapt. Volkspartei).

Wer sich in so ungeheurer Weise an Schwachen und



schulpflichtigen Kindern verläßt, der hat das Recht vermerkt, in einem Volksstaat führend zu sein und der hat verdient, daß sich die großen Massen des Volkes voller Abgüte von ihm wenden.

Es ist bekannt, daß die schwarzblaue Bürgerblockmehrheit gleichzeitig ihren Kampf gegen die Reform des Kinderzuschusses und seine Ausdehnung auf die Landarbeit, sowie gegen den Ausbau des Jugendbüros für die erwerbsfähige Jugend richtet. Graf Westarp von den Deutschnationalen empfiehlt ja füglich wieder die härtere Heranziehung der Kinder zur Landarbeit. Wir wissen, wie zum Beispiel das Los der Südkinder ist, die morgens um 5 Uhr aufstehen müssen und die Sonne der Jugend nicht kennenlernen. — Wir wissen, wie die erwerbsfähige Jugend und die Lehrlinge ausgebeutet werden. — Und so können wir uns auch denken, wie Unlust, Verbrechen und frühzeitiges Hinjucken entstehen.

Aber für alles das hat der Bürgerblock kein Verständnis — will er nicht haben, weil ihm nicht der Mensch, sondern sein Götz — Mammon! — heilig ist. Auf ihn treffen die Worte Goethes zu: „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein.“ Denn der Bürgerblock kennt auch nachher sein großzügiges Versehen, er verdammt nur. Das sehen wir aus seinem Kampf gegen eine Strafrechtsreform, die die Ursachen zu den Verbrechen beseitigen und die will, daß der jugendliche unreife Mensch nicht vor den Strafrichter, sondern zu dem Erzieher geführt wird.

Der Prolet ist dem Bürgerblock oberstes Gesetz. Deshalb hemmt er sich

gegen den Arbeitsdienst,
gegen ausreichende Löhne und Gehälter,
gegen eine die Not verdrängende Sozialpolitik,
gegen gerechte Steuererteilung,
gegen den Abbau der Hochschulzulagegebungen,

die unter seiner Regierung zustande kam und die die Lebensmittelpreise unnötig in die Höhe trieb.

Was aber machten wir? Wir halfen dem Bürgerblock bei den Mai- und Dezember-Wahlen 1924 zum Siege! Soll es die Tragik des deutschen Volkes, besonders aber der Frauen, sein, daß die volksfeindlichen Parteien durch die politische Unreife des Volkes Sieger bleiben?

Wir sagen nein, lausendmal nein!

Die deutsche Republik wird kein wahrer Volksstaat sein, solange wir die Macht der Bürgerblockparteien nicht brechen. Die Republik hat uns in ihrer Verfassung Gelegenheit zur Gestaltung unserer Lebenslage durch uns selbst gegeben: Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen! Schaffen wir uns durch den Stimmzettel den freien demokratischen Staat, eine demokratische Regierung, die uns aus der Tiefe sozialer Not und aus dem Dunkel geistiger Knechtschaft zum Licht emporführt.

Mit einem solchen Staat werden wir auch aus der Engen nationaler Grenzen den Weg zur Verständigung mit den anderen Völkern erfolgreich weitergehen und beenden können.

Mit der Herrschaft des Bürgerblocks wird niemals die Befriedung Europas kommen, weil er im Grunde schärfster Gegner der Demokratie innerhalb der Grenzen und über sie hinaus ist. Er fürchtet das Erwachen der Völker! Wir Frauen insbesondere aber wollen, daß die Taten des Weltkrieges dadurch gelehrt werden, daß das Aufgeben ihres blühenden Lebens nicht umsonst gewesen ist und daß aus ihrem Blut eine Saat herorgeht, die dem Leben der Menschen die Blütenpracht des Mai bringt, der in diesem Jahre das Schicksal des deutschen Volkes entscheiden soll.

Wer neue Kriege und weitere Unterdrückung des Volkes will, der entscheidet sich für den Bürgerblock.

Wer aber den Weltfrieden und die Befreiung der großen Massen des Volkes von der Machtherrschaft des Kapitalismus will, der gebe am 20. Mai seine Stimme der Sozialdemokratie.

Die heute vorliegenden Meldungen bestätigen, daß gestern zwischen dem italienischen Generalen Orsini und dem kaiserlichen Admiral bei in Venedig der Entwurf des internationalistischen Völkervertrages einmütig formuliert worden ist.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß die belgische Regierung dem rumänischen Ex-Kronprinzen Galkendowski gewährt will. Es wird angenommen, daß Prinz Carol heute oder morgen von England kommend in Brüssel eintrifft.

Giltig ist die Bild.



Die achtehnjährige Kölnerin hat die zweitbeste Tennisspielerin der Welt, die berühmte Spanierin Alcazar glatt besiegt. Das Ergebnis war 3:0, 6:7. — Seit Jahrzehnten konnte das deutsche Damen-Tennis keinen bedeutenden Sieg erzielen. Der Weg der jungen Gilt (rechts) geht aber noch weiter aufwärts.

Aus dem gestrigen oldenburgischen Landtag.

Landesblock und Zentrum schenken das Großgütererbe. — 200.000 RM. für die Kleinbahnbahn Sandring-Wunderloh. Berufslosen erhalten nur noch 22 Prozent der ungedeckten Ausgaben gegenüber 30 Prozent im Vorjahre und 50 Prozent vor zwei Jahren. — Alle Anträge der Sozialdemokraten um Mittel für Wohnungsbau, Zinsbeihilfen, Jugendpflege ebenfalls von Landesblock und Zentrum abgelehnt. — Landesblock und Zentrum gar kein Verständnis für die Mite der Städte und Stadtgemeinden.

In letzter Stunde vor dem Wahltag zeigten sich noch einmal der Landesblock und das Zentrum ihr wahres Gesicht: Schöpfung des Großgütererbes bei der Gewerbesteuer. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, auch die 100 Großbetriebe etwas härter — prozentualer — heranzuziehen als die Klein- und Mittelbetriebe, war dem Abg. Hartung vom Landesblock recht unangenehm. Warum wohl? Er versuchte nachzuspüren, daß Eidenburg dann die höchste Stoffel habe, ebenfalls Abg. Fellers vom Zentrum. Daß gerade diese beiden Abgeordneten sich so gegen die etwas härtere Heranziehung der Großbetriebe sträubten, könnte manchen doch sagen lassen: Man merkt die Abneigung und wird verstimmt. — Genosse Friedrichs wies mit Recht darauf hin, daß man — wenn schon eine Erleichterung als richtig anerkannt wird — auch über 30.000 Reichsmark hinaus höher kassieren müsse. — Nichts desto trotz: Landesblock und Zentrum schenken das Großgütererbe, sie lassen die Klein- und Mittelbetriebe zahlen. Hoffentlich zieht diese Schicht der Gewerbetreibenden daraus eine Lehre für die Wahl. — Erwähnt sei, daß für das Projekt der Kleinbahn

Sandring-Wunderloh 200.000 RM. zur Verfügung gestellt werden. — Eine erregte Debatte löste der Antrag des Genossen Fellers, daß eine höhere Kalkulation der Gutshäuser der Kleinrentner und Sparrer wünscht. Auch dies lehnte der Landesblock ab. — Bei der zweiten Lesung des Etats wurden sämtliche Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt: Gewährung von Zinsbeihilfen auch an Gemeinden, Erhöhung der Zinsbeihilfen, über denen — nach den Worten des Genossen Zimmermann — ein unbedingter Willkür schwebt, Erhöhung der Zuschüsse zu den Berufsschulen, Mittel für Volkshochschulen. Alle Anträge der Sozialdemokraten, etwas mehr Mittel einzusetzen für den Wohnungsbau, für Berufslosen, für die Jugend, für die höheren Gemeinden, schienen letzten Endes dem Landesblock und Zentrum nicht das geringste Geheiß. Das kann nicht oft genug wiederholt werden. Es hat wohl selten eine solche Regierungsoffizial gegeben, die so wenig Verständnis für die Städte und Stadtgemeinden gezeigt hat.

Ein Ueberfall in der Luft.

Ein geisteskranker Fluggast sucht den Piloten zu ermorben.

Neuenort, 16. Mai. Radiobericht. Ueber dem Gelände von Pontiac kam es in einem Flugzeug in 600 Meter Höhe zu einem ersten Zwischenfall. Dort wurde der Pilot plötzlich von seinem mitfliegenden Passagier mit einem Hammer geschlagen. Der Fluggastführer, der fast be-

knunungslos war, vermochte die Maschine noch glücklich zu landen. Dann wurde der Fluggast festgenommen. Er gesteht sich heraus, daß er eine Geisteskrankung erlitten hatte. In seiner Tasche wurde ein Mordbrief an eine Bekannte gefunden.

Zweierlei Maß.

Man muß schon sagen, die Tanten verstehen ihre Handwerk. Sie haben die Zeit des Bürgerblocks vorzüglich ausgenutzt, um ihr Schälchen ins Trockene zu bringen. Geradezu klassisch ist die Art, wie unter der Bürgerblockherrschaft von der Landwirtschaft Steuern gezahlt worden sind. Ein Beispiel für viele: In Hinterpommern hat ein Rittergutsbesitzer mit 15.200 Morgen, v. Gerlach mit Namen. Zu seinem Fiskus gehören die Güter Wolow mit 730 Hektar, Schwemmin mit 500 Hektar, Trochow mit 300 Hektar, Gerichte mit 10 Hektar Stadthut, Körte mit 130 Hektar.

Ein Kleinfeld. Fragt ihr, wie viel Einkommensteuer der Mann zahlt? Keine! Er hat kein Einkommen. Von dem wenigen, was er vielleicht zur Not noch erübrigt, muß er dringende Ausgaben decken!

Er muß sich zwei Autos halten. . . . Er muß im Winter zur Erholung in die Schweiz und im Frühjahr zur Erholung (von der Erholung) an die Riviera gehen. . . .

Er muß in dringenden Geschäften sehr viel nach Berlin fahren (schätzliche Blätter, führende Zentrumsorgane haben festgestellt, daß niemals so viel Geld und Aktien und Kasse in Berliner Hotels und Restaurants verzehrt worden sind, als jetzt der Herr von Gerlach).

Damit noch lange nicht genug. Er muß die Arbeitslosen der deutschnationalen Blätter für seine Gutarbeit bezahlen. . . . Er muß dem Stahlheim die Uniformen bezahlen. . . .

Er muß zur Wahlzeit das Freizeit- und vielleicht auch noch einen solchen obersten Reichsminister stellen. Er hat wirklich kein Einkommen, der Mann ist arm wie eine Kirchenmaus. Der kann keine Einkommensteuer zahlen.

Am besten ließe ihn aber auch sechs Bauern. Jeder hat 50 Hektar Land und jeder dieser sechs Bauern zahlt jährlich 100 RM. Einkommensteuer.

Das ist die Reklame der Reichsliste. Genau so wie dieser famose Herr v. Gerlach aus Hinterpommern macht es die Mehrheit der Großgrundbesitzer in Ostpreußen. Worin: Das ist bei uns das Land so Brauch. Im Kreis Insterburg haben 1920 60 Prozent der Ackerbauern keinen Pfennig Einkommensteuer gezahlt.

Der Bürgerblock hat gut vorgeplant, daß dieses System der Steuerzahlung mit doppelter Moral auch flappi. Zwischen dem verkürzten Einkommen des Kleinbesitzes und dem des Großbesitzes ist ein Riesengraben. Ueberall, wo Kleinbesitz war,

z. B. in Baden, Hessen, Braunschweig oder Thüringen, beträgt das verkürzte Einkommen pro Hektar zwischen 120 und 145 RM. In Ostpreußen, Mecklenburg, Vorpommern hingegen war der Großbesitz so hässlich, so schwach, so zwischen 17 und 18 RM. Dabei hat selbstverständlich Ostpreußen den niedrigsten Satz.

Genau so ungerecht wird bei der Vermögenssteuer verfahren. Im Kleinbetrieb wird der Hektar mit 2000 Reichsmark bewertet, der Großbetriebe (über 1000 Hektar) bloß mit 600 RM.

Je kleiner der Betrieb um so höher ist die Einkommensteuer.

Die Einkommensteuer des Kleinbesitzes ist dreimal so schwer als die des Großbesitzes. Damit nicht genug. Wo immer er kann, hinterzieht der Großbesitz die Steuern. In 83.700 Hektar wurde auf Grund der Ausprägungen der Steuerhinterziehung festgestellt, daß insgesamt auf 88,8 und 100 Millionen, belaufen. Damit dieser Einziehung der Ausprägungen, die eine sozialdemokratische Maßnahme sind, konnte die Rückzahlung dieser Summe (einschließlich 5 Millionen Strafe) durchgeführt werden. Kein Wunder, wenn deswegen die Großgrundbesitzer und Großkapitalisten für dieses rote System Gift und Galle spucken. Die Sozialdemokratie aber will noch viel mehr. Sie will für die Arbeitslosen den Reichsminister stellen. Sie will die Einkommensteuer der kleinen Kleinrentner auf den höchsten Stand bringen. Sie will die Einkommensteuer der kleinen Kleinrentner auf den höchsten Stand bringen. Sie will die Einkommensteuer der kleinen Kleinrentner auf den höchsten Stand bringen.

Die Sozialdemokratie wird nicht ruhen und ralten, bis vor allem die Offenlegung der Steuerlisten ein-geführt ist.

Was der Arbeiter an Steuer zu zahlen hat, liegt offen zu Tage. Auch der kleine Bauer ist nicht in der Lage, seine Einkommensgebühren vor fremden Augen zu wahren.

Die großen Steuerzahler verhängen sich hinter das „Geheimgeheimnis“.

Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig! So ist erwiesen, daß das „Geheimgeheimnis“ nur eine vorläufige Kasse ist, um dahinter Steuerhinterziehungen vorzunehmen, dem Staat um Einnahmen zu betrügen, die nachher aus den Armen herausgegriffen werden müssen.

Deshalb Offenlegung der Steuerlisten! Sozialdemokratische Steuerpolitik kennt kein zweierlei Maß, sie kennt nur eines: Gerechtigkeit!

Freunde, höret die Geschichte. . .

die ich zugetragen hat. . .

theater vorzuführen.

Aus Amsterdam wird gemeldet: Nach niederländischen Blättermeldungen aus Moskau werden bei dem am 15. Mai beginnenden Hochverratsprozess gegen die verhafteten Deutschen auch deutsche Juden zur Vernehmung gelangen. Die russische Verteidigung beabsichtigt, Entlastungszeugen der WGS nach Moskau kommen zu lassen.

Bestien in Menschengestalt.

Ein neuer Kindermishandlungsprozess in Berlin.

(Eigenbericht aus Berlin.) In einem Abgrund menschlicher Grausamkeit gegen hilflose Säuglinge leuchtete eine Verhandlung, die vor der Strafkammer des Landgerichts 3 Berlin in der Verhandlungssitzung gegen den 76-jährigen Strömenden Wilhelm Haase aus Strömberg geführt wurde. Haase war vom Schöffengericht wegen schwerer Körperverletzung eines unter den Folgen der Mishandlung verstorbenen 1/2 Jahre alten Kindes zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Seine Mitgefährtin und Freundin, die 40-jährige Arbeiterin Emilie Witz, hatte wegen desselben Vergehens ein Jahr sechs Monate Zuchthaus erhalten. Während sie das Urteil annahm, legte Haase Verwahrung ein. Haase betrieb in Strausberg das Gewerbe eines Heilfunders. Er nahm polnische Schmittlerinnen, die vor der Einbindung Handen, und später ihre Kinder als Pflegelinge bei sich auf. Im Jahre 1920 wurde ein Kind der Witz tot in der gaselichten Wohnung aufgefunden. Die Leiche war von Krallen und Rachen bereits angegriffen. Es fanden damals schon der Verdacht auf, daß der Tod des Kindes infolge von Mishandlungen eingetreten sei. Die Ermittlungen ergaben jedoch nicht genügend Anhaltspunkte für die Erhebung einer Anklage. Ein Jahr später wurde der Polizei bekannt, daß Haase trotz polizeilicher Verbot wieder Pflegelinge von Schmittlerinnen bei sich aufgenommen habe. Eine Durchsuchung seiner Wohnung förderte ein entsetzliches Bild auf, das den Verdacht der Engländer hervorrief. Man fand in der Wohnung zwei vollkommen verformte und vermauerte Kinder. Sie lagen in der Stube zwischen

Hunden, Katzen und Säugern. Der Kopf des einen Kindes, eines 1/2 Jahre alten Knaben, wies zahlreiche Wunden und Schürfwunden auf, während der ganze Körper mit blutigen verkrusteten Striemen bedeckt war. Ueber die rechte Schläfe bis zu den Wangen lief eine 3 bis 4 Zentimeter breite mit Haaren besetzte Wunde. Die Ohrenschnecken waren eingeklemmt, das linke Auge war geschwollen. Nach zeigte das Kind eine linksseitige Lähmung, deren Ursache der Verurteilte erklärte war, die durch einen heftigen Schlag auf den Kopf entstanden sein mußte. Ein Oberarm war gebrochen; außerdem war das Kind völlig unterernährt. So starb einige Tage nach seiner Aufnahme in einem Kinderheim infolge einer Lungenentzündung. Haase und die Witz wurden daraufhin unter Anklage gestellt. Vor dem Schöffengericht bestritten sie zunächst das Verbrechen und behaupteten, das Kind habe sich die Verletzungen durch einen Sturz aus dem Wagen zugezogen. Später räumten sie ein, das Kind gelegentlich geschlagen zu haben. Sie wollten ihm aber nur gelegentlich Schlägen geben. Haase gab ferner an, daß er das Kind zur Verwundung Schuapapier gegeben hätte. In der Verurteilungshandlung behauptete die Witz, daß das Kind vor Schmerz und Hunger erst gar nicht hätte, weil es in der Hauptkammer in der Zeit mit dem Tod wachlos auf den Säugling losgeschlagen worden sei. Haase habe das Kind geschlagen und niedergedrückt. Die Verurteilung des Angeklagten wurde abgewiesen.



Abgeordneter Küllrich und die Fidejucudat.

Aus der gestrigen Versammlung im „Friedrichshof“: Der bisherige Abgeordnete spricht über Marine- und Verschmelzungsfragen. — Wohin geht der Weg unserer Werft? — Wie werden die Zusammenschlußwünsche Küllrichs und Wilhelmshavens in der Praxis verlaufen? — Was ist zu tun und zu hoffen? — Und warum müssen unsere Einwohner sozialdemokratisch wählen?

Im Küllricher „Friedrichshof“ sprach gestern Abend in einer sehr gut besuchten Versammlung der Reichstagsabgeordnete Küllrich über die Bedeutung der Wahlen am 20. Mai. Einleitend wies der Redner auf die Bemühungen der Reichsparteien hin, in letzter Stunde noch einen Erfolg für sich herauszuholen. Der Wahlkampf verliefte offenbar sehr wenig auf ihrer Befriedigung. Das beweist einmal der schärfste Blick ihrer Verhältnisse, dann aber auch die Tatsache, daß die Reichsparteien, die in den letzten Tagen die abgekannten Lügen und Verleumdungen, die als solche längst nachgewiesen sind, erneut verbreiten. Er legte sich dann kurz mit den Grundlagen der Programmrede des Reichstagsabgeordneten auseinander und zeigte, wie durch und durch realistisch die Volkspartei ist.

Nach Berührung einiger außerordentlicher Gesichtspunkte führte er über im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehende Fragen folgendes aus: Schließlich möchte ich die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne mit ein paar Worten auf die Verhältnisse der Fidejucudat einzugehen. Sie sind ja immer in hohem Maße Reizgeber des Reiches gewesen, weil sie durch die Reichspolitik entstanden sind. Wie oft in der Vergangenheit, stehen sie auch heute wieder vor großen Schwierigkeiten, die sich dadurch entwickeln, daß die Marine die höchsten Anlagen ständig in geringerer Umlage auszuheben muß als bisher.

Dieser Kurzwortwechsel in der Werftspolitik der Marine muß in Verbindung mit einem bestimmten Ausbau der Fidejucudat in einigen Jahren zu einer außerordentlichen Krise führen: weil zur Stunde keine Möglichkeit besteht, die entstehenden und sich vergrößernden Marinekosten durch andere zu ersetzen. Demgegenüber ist nun vornehmlich die Förderung zu erhöhen worden, daß man die Marine ja nur zu zwingen brauche, sämtliche Arbeiten in Wilhelmshaven zu lassen. Wer aber weiß, daß die Werftpolitik eines Landes nicht von reinen Gesichtspunkten aus geführt werden kann, wird sich sofort der Schwierigkeiten bewusst werden, die der Erfüllung einer solchen Forderung entgegenstehen. In der Tat sind bisher auch alle Verhältnisse, die sich darauf richten, die Marine sozialisieren für Wilhelmshaven zu realisieren. Und aus diesen Erfahrungen heraus kann ich nur allen Leuten empfehlen, die sich in dieser Frage bemühen, die Sache nicht leicht und einfach vorzutreiben. Das könnte sonst eine bittere Enttäuschung geben.

Ein nicht unerheblicher Teil der zu den bürgerlichen Parteien gehörenden Einwohner der Fidejucudat ist in dem Glauben befangen, daß nur die notwendige Flottenvergrößerung notwendig sei, um in Fülle und Fülle Marineaufträge nach Wilhelmshaven zu bringen.

Dabei wird leider vollkommen übersehen, daß die Vergrößerung, von größeren politischen Gesichtspunkten gesehen, gegenwärtig reichlich unangebracht ist, und, was noch viel wichtiger ist, die Fidejucudat gar nicht die erwarteten Wirkungen auslösen kann. Schließlich leben die Flotteninteressen Deutschlands nach dem Kriege erheblich verändert aus, und was das glaubt, den 1918 abgegangenen haben einfach wieder anknüpfen zu können, um ihn nach der Vorkriegsmethode weiter zu spinnen, überhebt, daß es in den Händen des Reichsleiters in der Marine nur leidenschaftliche Marinebegeisterung gibt. Solange man ernsthaft von solchen reden kann, liegen sie in der Distanz. Infolgedessen ist es nicht von der Hand zu weisen, daß dann dort auch geeignete Stützpunkte vorhanden sein müssen. Das hat übrigens ein gut bürgerlicher „Marinefachmann“, wie der Kommandant Brünninghaus, der als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei seit Jahren im Reichstag sitzt, vor geraumer Zeit einmal

sehr trocken ausgesprochen, indem er meinte, der Stützpunkt Wilhelmshaven sei 1919 bzw. 1920 für die Marine ganz totschickig gewesen.

Wiel richtiger wäre gewesen, damals aus der allgemeinen Lage die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen und nach Kiel zu gehen. Das hätte selbstverständlich die Aufgabe des Reichstagsabgeordneten Wilhelmshavens bedeutet. Da Brünninghaus die notwendigen breiten Verhältnisse nicht erkannt hat, wird er ja hoffentlich in der Durchsicht der Fidejucudat einige Autorität beanspruchen können, wenn auch zum Begreifen dieser Verhältnisse eigentlich nur etwas genauer Kenntnis der Lage gehört. So ist also verständlich, daß in der Marine sich der Tag nach der Fidejucudat, der übrigens sehr bedauerlich wird durch die jetzt angedachten Verhältnisse in Kiel. Das wird allerdings nicht ausschlaggebend, wenn es auch im Einzelnen eine Rolle spielen mag. Die Werftpolitik der Marine folgt eben sehr in steigendem Maße der allgemeinen Lage. Das aber bedeutet für die Fidejucudat schwere Schäden und wirtschaftliche Einbußen. Durch die Verkleinerung des Bauprogramms ist die Entwicklung übrigens außerordentlich beschleunigt worden. Und die bürgerlichen Fidejucudat-Flottenwerter, die am liebsten einen neuen Flottenverein jenseits Angedenkens aufgemacht hätten, haben in ihrer Realität gar nicht gekriegt, wie ja das Werk an Schiffbauern die Fidejucudat geradezu zwangsläufig und gewaltig aus dem Sattel hob. Es ist nicht anzunehmen, daß ihnen das im Augenblick schon ganz klar ist. Sie werden es aber nicht eher begreifen, bevor ihnen nicht ein selbstständiger aktiver oder ehemaliger Admiral das mit ebenso trockenen Worten begreiflich macht, wie es Brünninghaus in Bezug auf die Wahl des Flottenstützpunktes in der schon erwähnten Weise getan hat. Die Schöpfung wird gekennzeichnet durch die unumstößliche Tatsache,

daß Wilhelmshaven als Werftort eine ausreichende Beschäftigung hatte, solange die Reichsmarine in beschleunigter Umstellung arbeitete, als aber die Durchführung des veränderten Programms begann, wendete auch die Beschäftigung von hier ab.

Und nachdem nun sich die Marineleitung entschieden hat, neben den Kreuzern auch die Einheitsflottendivision durch Vervollständigung zu erhöhen, entsteht sofort die Schwierigkeit, daß die Wilhelmshavener Werft zur Bewältigung dieses Bauplanes in der beschleunigten Zeit nicht ausreicht. Denn die Neubauten und die Reparaturen bald und bald je nach Wilhelmshaven und nach Kiel zu geben. So ist für mich kaum zweifelhaft, daß die Arbeiten unabänderlich bleiben müssen, wenn es bei dem veränderten Bauprogramm verbleibt. Keine Flottenwachter bürgerlicher Prägung, soweit sie in den Fidejucudat vorhanden sind, — und viele Schamerer nimmt natürlich jeder richtige Fidejucudatler für sich in Anspruch — leben sich in die ihnen wohlgekauft sehr merkwürdige Lage verweist, daß sie mit ihren

guten Absichten gerade das Gegenteil einer fidejucudatlichen Interessenvertretung hervorzurufen. Obendrein müssen sie zu ihrer noch größeren Lieberhaltung und schweren Werten wahrnehmen, daß ausgerechnet in diesem Falle die Einkaufspreise, vor allem die Sozialdemokratie, die allerdings das Flottenproblem mit fühlend und nüchternen Augen betrachten, durch diese Haltung ganz von selbst zugunsten der Fidejucudat wirken. So liegt einfach da, daß bei einem beschleunigten und vergrößerten Aufbau des Schiffsmaterials der Marine eine Teilung der Arbeiten unmöglich wird und die Marine nicht daran denken kann, sich zwei Werften zu leisten, die für sie bauen.

Immerhin bin ich pessimistisch genug, um nicht zu glauben, daß es trotz allem im großen und ganzen

bei den bestehenden Plänen verbleibt und die Fidejucudat in den nächsten Jahren in die größten Schwierigkeiten geraten. Demgegenüber wird allen Erklärungen überlassen werden, in welcher Weise für die entstehenden Marineaufträge Erfolg geschaffen werden kann.

Die Entsendung der Deutschen Werke in Kiel gibt heute schon brauchbare Fingerzeige. Wenn man sich vor Augen hält, daß die Marineleitung zugibt, auf die Dauer der Zeit zwei große Werften nicht allein mit Aufträgen versehen zu können, wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als die Werke in Wilhelmshaven genau so auszuheben wie es in Kiel geschieht, nämlich durch Prinsaufträge. Ob dann aber die Organisation der Marineverft bestehen bleiben kann, erscheint mir mindestens recht zweifelhaft. Dieses Problem wird sicherlich in furchtbarer Art und Weise von einer ganz anderen Seite angeschnitten werden.

So ist selbstverständlich, daß ich, wie bisher, im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und des Fidejucudats in den Fidejucudat meine Pflicht tun und mich aller dieser Fragen mit besonderer Sorgfalt annehmen werde.

Allerdings bin ich entsetzt, auch aus der neuen Lage die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen, wenn ich das also notwendig ersehen wird. Dabei behalte ich mir eine in jeder Beziehung kritische Prüfung aller Einzelheiten vor und muß es ablehnen, mich annehmen für alle einzulassen, was die Marine von sich aus dem Reichstagsabgeordneten im Laufe der Zeit habe ich in mehr als einem Falle festgestellt, daß ein ganzes kritisches Urteil gegenüber der offiziellen Marinepolitik im allgemeinen Interesse und vor allem in dem des deutschen Steuerzahlers durchaus am Platze ist.

So ist überflüssig, darauf aufmerksam zu machen, daß ich mich wie bisher auch künftig mit Eifer besonders den Verhältnisse in den großen Marinebetrieben annehmen werde.

In dieser Hinsicht befinde ich mich in der angenehmen Lage, die Politik fortzuführen, die auch schon in der Vorkriegszeit von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion betrieben worden ist. Die damals bei uns herrschende Auffassung, daß Staatsbetriebe Mutterbetriebe sein müssen, besteht auch heute noch zu Recht. Soweit sich die Marineleitung allzu sehr von diesen Grundbegriffen trennt oder entfernen will, in Rücksicht auf die privaten Seeschiffswerften, werde ich mich mit aller Kraft bemühen, das zu verhindern. In diesen Rahmen gehört selbstverständlich auch, daß die Marine eine anständige Wohnpolitik betreibt. In dieser Hinsicht haben wir leider in der letzten Zeit nicht immer den Eindruck gehabt, als ob die verantwortlichen Stellen in der Marineleitung die genügende Einsicht an den Tag gelegt hätten. Mithin ist es, als ob ihnen die Angleichung an die Verhältnisse der privaten Seeschiffswerften, trotz ganz verschiedener Vorbedingungen, wichtiger war als ein gutes und auskömmliches Verhältnis mit der Arbeiterkraft in den Marinebetrieben. Ich glaube, daß ich damit nicht nur die Interessen der Werftarbeiter, sondern vor allem auch die der Fidejucudat auf das engste berührt. Schließlich stehen und fallen eine große Anzahl, wenn nicht alle, sozialen bürgerlichen Erklärungen in den Fidejucudat mit dem Wohlergehen der Werftarbeiter; wenn das auch nicht immer genügend von den Beteiligten beachtet wird.

In den letzten Wochen hat in der fidejucudatlichen Öffentlichkeit

die Frage der Vereinigung der beiden Städte Wilhelmshaven und Küllrichs eine gewisse Rolle gespielt.

Weil dazu in jedem Falle die Reichsregierung in Tätigkeit treten muß, halte ich es für zweckmäßig, auch darüber einige Worte zu verlieren. Ich selbst und meine politischen Freunde in den Fidejucudat haben schon immer das Bestehen der beiden Städte für einen groben Unfug gehalten. Das haben wir übrigens bereits in einer Zeit gelegentlich sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, als die heiligen Förderer der Vereinigung noch bis auf wenige Ausnahmen sich diesen Gedanken anhängen mit aller Kraft widerlegten. (Sehr richtig!) Wir freuen uns, daß wir, wie in so manchen anderen Fragen, auch in dieser Hinsicht finden können, daß die Gegner nicht zu Damaskus gefunden haben und nun zu begeisterten Anhängern der Vereinigung der Fidejucudat geworden sind. So ist immer im Himmel mehr Freude über einen Sünder, der Buße tut, als über 99 Gerechte. Aber ich will nicht verhehlen, daß sich die neuen Freunde der Vereinigung der Fidejucudat die Sache zunächst nur in der Theorie überlegt haben. Mir scheint sogar, daß sie auch nur in der Theorie einig sind, in der Praxis aber nach wie vor genau so weit voneinander entfernt sind, wie vorher. Denn das Vereinigungsproblem ist so heftig, wie es ist, sondern es mit allen möglichen Vorbehalten, daß es besser, gar nicht erst daran zu reden und darüber zu schreiben, weil er damit nur die Gegenseite verärgern muß, die nun einmal in dieser Sache verborben sind. Wer die Frage in den Vordergrund schiebt, die vereinigte Stadt müsse entweder preußisch oder oldenburgisch werden, ohne dabei Rücksicht auf das Einzelnenproblem, wird die Sache so nicht dortwärts bringen.

Auch hier muß man das Mögliche sehen, selbst wenn es fürs Erste nicht wünschenswert erscheint, es sei denn, man will mit der ganzen Vereinigung warten, bis eines Tages die große Völkervereinigung durchgeführt ist. Dann erlebte ich die Vereinigung der Fidejucudat ganz von selbst. So lange allerdings wollen doch wohl die neuen Vereinigungsfreunde nicht warten, so lagten sie wenigstens. Einer meinte ja sogar, wenn die Behörden etwa nicht wollten, würde man die Fidejucudat allein unter Dach und Fach bringen. Ich sehe das als eine launige Redewendung an und würde sie nicht erwähnen,

wenn ich nicht den Verdacht hätte, daß man sich die praktische Durchführung ebenso einfach vorstellt, wie etwa die Einberufung einer Versammlung.

Wir Sozialdemokraten sind bekanntlich grundsätzliche Anhänger des Einheitsstaates und infolgedessen vor allem dafür, daß wenn sich der Einheitsstaat nicht sofort erreichen läßt, dann wenigstens die kleinen Länder mit größeren oder zu größeren vereint oder zusammengefaßt werden. Insbesondere halten wir die staatliche Selbständigkeit Oldenburgs auf die Dauer für unmöglich, und auch heute schon für überflüssig!

Mit dieser unserer Auffassung haben wir im Augenblick allerdings noch keine rechte Gegenüber. Gerade die Freunde der Vereinigung, die hier neuerdings in Vereinigungsbegeisterung stehen, nehmen uns Sozialdemokraten unsere Stellung in dieser Frage einigermaßen übel. Und im Augenblick bemühen sich ja im übrigen die bürgerlichen Vereinigungsfreunde bürgerlicher Prägung mit aller Kraft, daß am nächsten Sonntag möglichst viele Gegner der Fidejucudat oldenburgischer staatlicher Selbständigkeit gemöht werden. Die Herrschaften stehen also in dieser Sache hier am Dreieck und in Oldenburg. Das fassungslos, glaube ich, die ganze Lage, und auch die Absichten der Vereinigungsbeteiligten hintergehend.

Ich will aber offen meine Meinung sagen,

welchen Weg ich im Augenblick für den allein möglichen sehe, der zur Vereinigung der Fidejucudat führen kann und zwar in kürzester Frist!

Der Verkäufer einer neuen Reichsgliederung wird die Beilegung der ungenügenden vielen Entfallen sein. Haben wir doch Hunderte von kleinen Bundesländern, die inmitten eines anderen Gliedstaates liegen und deren Bewohner die größten Schwierigkeiten davon haben. So liegt z. B. 26 Kilometer von Bremen entfernt ein kleiner Ort namens Thebinghausen, ganz von preußischem Gebiet umschlossen, der zu Braunschweig gehört. Eine Kleinbahn, die dorthin führt und in Bremen ihren Ausgangspunkt hat, beträgt bei einer Länge von 26 Kilometer Bremen, Oldenburg, Preußen und Braunschweig, also vier Bundesstaaten. Lieber einen so ungläublichen Witzfaden braucht im 20. Jahrhundert wohl kein Volk verloren zu werden. Das Schlimmste aber ist, daß wir solche Entfallen im Deutschen Reich haben. Kleinere und größere. Der verlorene Reichstag hat kurz vor seiner Auflösung noch ein Gesetz verabschiedet, in dem der Austausch von über Hundert solcher Entfallen zwischen Sachsen und Thüringen vorgenommen wurde. Auch hat der von der Reichsregierung eingeleitete Austausch zur Vermeidung der Verwirrungen des Reiches beschlossen, zunächst einmal mit dem Wiederrück der Entfallen ein Ende zu machen.

Man braucht nur Wilhelmshaven unter dem gleichen Gesichtspunkt zu behandeln, dann ist die Völkervereinigung in kürzester Frist beilegt!

Auch Oldenburg wird in absehbarer Zeit als selbstständiger Staat verschwinden. Aber das wird noch eine Weile dauern. Zunächst einmal sind die politischen Freunde der fidejucudatlichen Vereinigungsbänder in Oldenburg im Landtage gegen die Aufgabe der oldenburgischen Selbständigkeit. Sie werden ebenwiegend bereit sein, einen Teil von Oldenburg an Preußen abzutreten, wie umgekehrt Preußen das zunächst auch nicht tun wird. Damit aber ist die Diskussion in dieser Frage schon zu Ende und fast und wieder zeigt sich folgendes Problem: Entweder die Sache wird im Wege der Entfallenverteilung im allgemeinen Austauschverfahren auf der ganzen Linie gemacht, und dann ist die Vereinigung der Fidejucudat in ganz kurzer Zeit vollzogene Tatsache; oder man wartet auf die Neugliederung des Reiches oder auf die Aufgabe der oldenburgischen staatlichen Selbständigkeit.

Dann aber soll sich jeder darüber klar sein, daß das noch einige Jahren auf sich warten lassen wird.

So lange, bis die Sozialdemokraten entweder im oldenburgischen Landtage die Mehrheit haben werden, oder aber bis die Oldenburg Partikularisten mit höheren Landesbeamten als in Preußen auch ihren Spieß an der Barock-Oldenburg den Oldenburgern verlieren.

So und nicht anders steht diese Sache. Alle Kommissionen werden an der von mir geschilderten Sachlage nichts zu ändern vermögen, sondern nur leeres Stroh brechen, wenn sie andere Wege als den möglichen gehen wollen. So behalt ich meine politischen Freunde für das Eintritte und Praktische entscheiden werden, in dem Augenblick, wo wir dazu in der Lage sind.

Mit einem Appell an die Versammlung, aus dem Verlangen des Bürgerblatts die Konsequenzen zu ziehen, und am 20. Mai sozialdemokratisch zu stimmen, schloß der Redner seine beifällig aufgenommenen Ausführungen.

Hallo! Hausfrauen!

Das Durchschnittseinkommen des deutschen Arbeiters ist pro Jahr mit

250 Mark Abgaben

für Agrarzölle und Verbrauchssteuern belastet.

Wenn die Hausfrau für eine Mark kauft, zahlt sie 12 Pfennige für Verbrauchssteuern und Agrarzölle. Soll das so weitergehen? Darüber entscheidet der neue Reichstag!

Die Steuerlast muß gerechter verteilt werden. Das ist die Hauptforderung der Sozialdemokratie.

Hausfrauen, wählt sozialdemokratisch!

Belgiens heimliche Königin.

Erinnerungen an den König Leopold II. von Belgien.

Von seiner morganatischen Gemahlin, Baronin Caroline de Vaughan.

9. Fortsetzung.

Deutsche Uebersetzung von Richard Dye.

Mein schlimmster Feind in Ungnaden entlassen!

Als der König mich dieser angeblichen Verletzung beschuldigte, verriet er mir den Namen seines Einbläuers nicht, doch konnte ich ihn leicht erraten. Wie gewöhnlich, war die Bestrafung, die Leopold mir zugesagt hatte, einzigartig. Er teilte mit mir, er ginge an Land, um mich nun seinerseits mit einem Fräulein Doonée in ihrer Villa zu betören, die ich von der Nacht aus sehen konnte — und das tat er auch wirklich.

Ich war gezwungen, wie eine Gefangene den ganzen Abend auf der Zucht allein zu sitzen und mich mit selbstquälerischen Gedanken zu geistlichen, wie sie jedes Frauenhirn in solchem Falle martern.

„Tatest du es?“ fragte ich, als der König morgens an Bord kam.

„Ich tat es, mein schönes Kind,“ versicherte er mir. „Was gedachtest du darauf zu tun?“

„Ich werde mit dir nicht wieder sprechen, bis dir dein Benehmen leid tut, und ich wieder imstande bin, dir zu vergeben.“

Eine ganze Woche lang hielt ich dies Versprechen. Das war nicht leicht, denn es bedeutete, daß ich in elender Zurückgezogenheit verharren mußte, während Leopold und der hämisch sich daran weidende Delgrave im frühlichen Trouville sich amüsierten. Da wurde mir vollständig bewußt, daß auch ich jetzt meine Chancen zu ergreifen hatte. Die Elite europäischer Schönheiten war an jenem Strande versammelt. Es war also kein strategisch besonders vorteilhafter Platz, um mit einem leicht beeindruckbaren König eine entscheidende Schlacht auszufechten. Aber es gab keine andere Wahl.

Es war in der Nähe eines stürmischen Vormittags — freilichende Mäuen kumelten sich unter bleiernem Himmel — als Delgrave mich mit unerschütterlichen triumphierenden Augen mitteilte, Seine Majestät der König erlaube mich, zu ihm zu kommen. Mir sank das Herz, denn dies mußte ja das Ende der Schlacht sein. Wir betraten Leopolds Kabine zusammen.

Der König sagte: „Schöne Frau, ich habe nach Ihnen geschickt, damit Sie Zeugin einer eigentlich recht unbedeutenden Angelegenheit sind, die Sie nichtsoebenweniger ein wenig interessieren wird.“

Ich entlasse den Grafen Delgrave in Ungnaden wegen seines ungalanten, impertinenten und anmaßenden Benehmens und verbiete ihm, jemals wieder in unserer Gegenwart zu erscheinen.“

Delgrave wurde bei diesem unerwarteten Streich fast vom Schlag gerührt, doch brachte er wenigstens noch so viel Gewalt über sich auf, daß er die Bitte herbeisammelte, der König solle doch nicht meinem Wort allein glauben, ohne ihm die Gelegenheit zu geben, sich selbst zu verteidigen.

„Die Baronin v. Vaughan“, erwiderte der König, der mir diesen Titel verliehen hatte, „hat niemals ein Wort gegen Sie geäußert.“ Dazu sah er den Menschen mit solch einem vernünftigen Blick an, wie er nur aus Leopolds Augen hervordringen konnte. Als Delgrave, einem gepflügten Hunde gleich, abgezogen war, trat mein königlicher Geliebter auf mich zu und sprach mit sanfter, wenn auch keineswegs demüthiger Stimme: „Ich war im Irrtum. Ich tat dir Unrecht und bin betrübt darüber. Wenn du mir vergeben willst, so werde ich mich vielleicht das nächste Mal bessern.“

Manche Frauen glauben nun, mit einem Mann, der ein Unrecht zugegeben hat, ganz anders umspringen zu können. Ich meine, das ist ein großer Fehler, zumindest gegenüber Männern von stolzem und ritterlichem Charakter. Man soll sie irgendwie entschädigen, wenn sie gegen sich selbst Zeugnis ablegen. Händigt du dein Schwert einem Lumpen aus, so wird er dich damit durchbohren. Ein Mann von Bildung und Lebensart oder wird dich in solchem Falle mit Raub und Raubstahl behandeln. Männer erwarten und schätzen Ritterschick bei den Frauen. Ich denke, hier ist wieder ein Teil des Geheimnisses meines Erfolges in der Kunst, die Neigung eines Königs nicht erkalten zu lassen.

Ich erwiderte Seiner Majestät, alles, was ich mir für ihn wünschte, sei, zu wissen, daß er sein Unrecht einräumte. Ich ließ ihm fühlen, daß ich ihm vorbehaltlos vergeben hatte. Nun mag manche Frau fragen, was wohl die Sinnesänderung des Königs herbeigeführt habe. Eigentlich hätte der König auch noch erkennen müssen, daß er mein Tagebuch durchgeblättert hatte. Das wußte ich übrigens schon längst.

Aus der Art, wie ich ihm zu nehmen wußte, bildete sich bei Leopold die Ueberzeugung heraus, ich sei eine geborene Diplomatin, und obwohl ich niemals meine Ansichten über Staatsangelegenheiten umfragt zum besten gab, so suchte sie der König doch oft zu hören. Manchmal hat er anderen Personen erzählt, daß er meinem Rate folge. Ach, das hat die Zahl meiner Feinde nur noch vermehrt!

Als Delgrave in Ungnade an Land geschickt wurde, hatten meine Feinde eine Schlacht verloren, indessen wurden sie durch

ihre Niederlage eher noch ermutigt. Einen einwöchigen Bruch zwischen dem König und mir hatten sie zustandegebracht, mit ein bißchen mehr Glück wäre ich es vielleicht gewesen, die an Stelle des schönen Grafen sich hätte paken müssen. So versuchten sie immer wieder und wieder das gleiche Spiel.

Der geschickteste unter diesen verschiedenen Kumvätern auf mein Herz und der einzige, der es wirklich zum Klopfen brachte, war ein anderer Edelman, Graf Durand. Dieser Mann war der Zeremonienmeister des Königs,

in wichtiger Stellung also, weil er die Verantwortung dafür trug, daß Seine Majestät der Öffentlichkeit gegenüber stets in



Prinzessin Clementine, Tochter König Leopolds und intime Freundin der Vaughan.

vorteilhafter Beleuchtung erschien. Einen König in richtigem Lichte zu zeigen, das erfordert eine meisterliche Regie. Zu alledem hat es der Zeremonienmeister mit einem Star zu tun, der schwieriger zu behandeln und temperamentvoller ist, als irgendeine Primadonna es sein kann. Durand war älter und nicht entfernt so flattrig wie Delgrave, dafür besaß er weit mehr Bestand und noch ein anderes Talent, daß ich beizubringen hätte in Rechnung stellen sollen. Er war ein Schauspieler.

Der Zeremonienmeister begann seinen Feldzug gegen mich behutsam und intelligent, indem er über viele Dinge meinen Rat in einer Form einholte, die mir gefiel. Zum Beispiel, wenn

Leopold, wie er es oft tat, einen Befehl gab, der die Prinzessin Clementine oder seinen Kissen, den gegenwärtigen König Albert, in peinliche Verlegenheit bringen mußte, dann kam Durand und fragte mich, wie er die Sache ins Reine bringen könne, um vor aller Welt das Gesicht zu wahren und trotzdem dem König nicht zu erzürnen. Diese kleinen Verschönerungen geschahen ja nur zu Leopolds und seiner Familie Nutzen, und ich konnte mich der Bewunderung und des Respekts für den Zeremonienmeister bei seiner schwierigen Aufgabe nicht erwehren.

Es bahnte sich ein freundschaftliches und vertrauliches Verhältnis zwischen uns an, und ich betrachtete ihn als einen meiner besten Freunde am Hofe. Auf diesem Fundament glaubte Durand höher bauen zu können. Der König und ich hatten uns in Paris in verschiedenen Hotels aufgehalten. Seine Majestät war gerade nach seiner Hauptstadt abgereist, als der Durand die Zeit für gekommen sah, zu handeln. Er war in Paris zurückgeblieben, um die Hotel- und anderen Rechnungen des Königs zu regeln und auch das gleiche für mich zu erledigen, die ich noch einen oder zwei Tage in Paris zu verweilen gedachte, um die Schneider reich zu machen.

Als der Zeremonienmeister mich wissen ließ, daß er mich in einer wichtigen Angelegenheit unbedingt sprechen möchte,

gehatte ich ihm ohne Jögern, mich in meinem Zimmer aufzusuchen. In meiner Entschlossenheit bestand die „wichtige Angelegenheit“ in der Erklärung, daß er mich seit langem hoffnungslos liebe, mit einer glühenden Leidenschaft, deren er nicht länger Herr sei.

Nicht eine Minute länger könne er seine Liebe vor mir verbergen. So tolltoll, wie ich nur konnte, machte ich ihm klar, daß es für ihn nichts zu hoffen gab. Wäre der König selbst tot oder würde er mich entlassen, selbst dann könnte ich ihm gegenüber kein anderes als platonisches Interesse fassen. Auf diese Erklärung brach Graf Durand in Weinen aus und führte eine peinliche Szene auf. Ich habe schon gelacht, man sollte sich vor Lächeln in acht nehmen. Leute, deren Tränen drücken ebenso rasch funktionieren, sind fast genau so salbarm. Stetige Bereitschaft zum Weinen ist gewöhnlich nur ein Zeichen von Selbstsucht. Die Tränen solcher Leute pflegen nur zu ihrem eigenen Besten zu dienen. Schließlich blieb mir nichts anderes übrig, als gegen ihn streng zu werden und ihm zu befehlen, mich zu verlassen.

Da jag er einen Resolover hervor, setzte ihn an seine Schläfe und schwor, er werde sich eine Kugel durch den Kopf jagen, wenn ich mich nicht erweichen ließe. Dies jagte er im übergezeichneten Tone, während ihm die Tränen nur so die Wangen herunterrieselten.

Ich wurde von Schreden gepackt, erinnerte mich aber einer der Warnungen, die der König mir erteilt hatte. Er hatte mir geraten, stets einem Erzreißer oder einem Menschen, der mit Selbstmord drohe, zu misstrauen. Das tat ich auch hier. Graf Durand drückte den Resolover ab, aber der Abzug schnappte nur. Während öffnete er den Lauf der Waffe, fand ihn leer und warf sie auf den Boden.

(Fortsetzung folgt.)

fliegende Banditen — Raubüberfall aus der Luft.

fliegende Banditen. — Raubüberfall aus der Luft.

Die amerikanischen Banditen, deren Befähigung den Behörden aus dem Grunde unangenehm war, weil sie die Verbrecher eine besondere Gewandtheit besitzen, die Fortschritte der Technik in den Dienst ihres Handwerks zu stellen, haben nun abermals ein Meisterstück durchgeführt. Zum erstenmal wird nun in der amerikanischen Polizeigeschichte der Fall verzeichnet, daß fliegende Banditen Verbrecher im Flugzeug, mit Erfolg einen Überfall verübt und nach getaner Arbeit auf demselben Weg, auf dem sie gekommen waren, verschwunden. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß in der amerikanischen Verbrechenswelt diese Anerkennung in kürzester Zeit Schule machen wird und die zwei fliegenden Banditen von San Francisco in Kürze aufhören werden, ein Unikum zu sein. Über den Vorfall selbst berichten amerikanische Blätter folgende Einzelheiten:

Auf einem Ackerfeld, das in der Nähe der Bahnstation in einer Gegend von San Francisco liegt, war dieser Tage gegen Abenddämmerung ein Flugzeug gelandet. Da auf dieser Bahnlinie nur Tagesverkehr besteht und der letzte Zug bereits kurz vorher abgefahren worden war, befanden sich im Bahnhofsgelände bloß ein Kassierer der mit der Abkühlung der Tageseinnahme beauftragt war, ferner drei weitere Beamte, die sich zur frühlichen Zeit auf dem Bahnsteig aufhielten. Diese drei Beamten waren Augenzeugen der Landung des Flugzeuges und glaubten es handle sich um ein verunglücktes Flugzeug, das infolge eines Defektes auf dem Felde niedergehen müßte. Sie widmeten der Angelegenheit keine besondere Bedeutung. Dem Kassierer entließen zwei Männer während der Pilot weiter im Flugzeug landete. Die beiden Unbekannten betreten das Bahnsteiggebäude, drangen in den Kassiererraum und überschritten mit nordatlantischen Resolover den Kassierer ein. Der zu Tode erschrockene Mann fand nicht einmal den Mut um Hilfe zu schreien. Einer der beiden Banditen nahm nun den ganzen Inhalt der Kasse bis auf den letzten Cent zu sich, während

der andere den Kassierer in Schach hielt. Dann kniebelten sie den unglücklichen Bahnbeamten und ließen ihn im Kassiererraum liegen. Elendig bestiegen nun die Verbrecher das Flugzeug und wenige Minuten später verschwanden sie in den Lüften. Die drei Beamten verlor sich mit Aufmerksamkeiten den Start des Flugzeuges und waren von der dramatischen Kurze, die der Pilot nahm, höchst begeistert. Eine halbe Stunde später fanden sie ihren Kollegen im Kassiererraum.

Die Polizei wurde alarmiert. Es wurden mittels Rundfunk sofort sämtliche Polizeistationen in einem Umkreis von 500 Kilometer verständigt, da man zunächst annahm, der Aeroplane werde in einer nicht zu großen Entfernung niedergehen. Im Laufe der Abendstunden wurden insbesondere auf allen Flugplätzen die landenden Flugzeuge einer scharfen Revision unterzogen, manche notlandenden Flugzeuge einer scharfen Revision unterzogen, manche notlandenden Aeroplane ausbehandelt. Über das Flugzeug der Banditen war nichts aufzufinden. Alle Nachforschungen der Behörden, die in den folgenden Tagen fortgesetzt wurden, blieben vollkommen ergebnislos. Erst drei Tage später fand ein Bauer auf seinem Feld, etwa 700 Kilometer von San Francisco entfernt, ein Flugzeug, das Aeroplane war und bemann. Pilot und Passagiere weit und breit nicht zu sehen. Die Polizei konnte alsbald feststellen, daß es sich um das Flugzeug der Banditen handelte. Offenbar hatten es die Diebe vorzogen, den Aeroplane auf der Weite stehen zu lassen, um nicht durch das Flugzeug verraten zu werden.

Die Beute, die die Räuber in der Bahnstation gemacht hatten, erreichte anabändernd fünfzigtausend Dollars. Eine Summe, hoch genug, um die Banditen auch für das geopferte Leben der Banditen handte. Wende amerikanische Gesellschaften bereits seit längerer Zeit Polizeiflugzeuge. Sollten sich Raubüberfälle der geübtesten Art mehren, so wird wohl den amerikanischen Behörden nichts anderes übrig bleiben, als ihre fliegende Polizei besser auszubauen, um mit den fliegenden Banditen den Kampf aufnehmen zu können.

Die Zerstörung der Rechtsmehrfachheit steht in diesem Wahlkampf allein anderen Zielen voran! Die Brechung des Besitzbürgerbundes bedeutet unausgeglichen eine Stärkung der Arbeiterklasse in Preußen und im Reich.

Das Kernstück des Bürgerbundes sind die Deutsch-nationalen, die sich jetzt vor den Wahlen wieder als allergeringste schwarzweisse Monarchisten empfehlen, — ein Jahr vorher nahmen sie das schwarzrotgoldene Republikgeheiß an — und die Stresemanns Außenpolitik verächtlich machen, der sie zwei Jahre lang ihre Vollmacht und Unterstützung geliehen haben.

Da sie mit ihren Leistungen nicht vor die Wähler treten können, suchen sie Dedung hinter der breiten Gestalt des Reichspräsidenten Hindenburg, dessen Bild sie mit der Forderung „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“ an die Straßenwände kleben. Daraufhin hat sich der Mittelstand des Fürsten Sismard bemächtigt, sein laibliches Haupt erscheint an den Berliner Lifschäden und verkündet, daß er Wirtschaftspartei werden würde, wenn er dazu 1928 noch Gelegenheit hätte. Die nationalen Prominenten scheinen also auf der Wandererschaft begriffen zu sein und wenn das so weiter geht, wird Friedrich Ebert in einigen Tagen für eine Freiheitskerle eintreten, belegt mit Briefen an Voltaire!

„Mehr Macht dem Reichspräsidenten!“ Man denke sich aus, der Reichspräsident hieße Friedrich Ebert, er hieße in zehn Jahren Otto Braun, oder er hieße — auf Grund seiner damaligen republikanischen Überzeugung — Wilhelm Marx, natürlich würden die Deutschnationalen auch Friedrich Ebert an die Plafardschäden schlagen mit der Unterfertigung: „Mehr Macht dem Reichspräsidenten!“, denn es handelt sich ja um die Sache, nicht um die Person!

Schade, die Deutschnationalen unterlassen eins hinzuzufügen: Der Reichspräsident von Hindenburg, dem diese Befehlsgewalt für eine einzelne Partei sicher sehr peinlich ist, hat oft genug auf die ihm jetzt schon zukunftsbedeute Macht in Fällen verzichtet, wo viele deutsche Bürger ihn darum gebeten hätten, sie auszuüben. Als der Geheimrat über die Aufhebung von Reichstags angenommen war, haben diese Gruppen unter Führung des Grafen Volkmann-Weyher und des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Reß den Reichspräsidenten gebeten, seine Unterschrift zu verweigern und einen Volksentscheid auszusprechen. Er hatte die Macht dazu, aber er folgte dem Rat der verfassungsmäßigen Regierung, er unterschrieb und es blieb bei „dem Raub an den Werten“.

Den Locarnopakt haben die Deutschnationalen als eine Art Vaterlandsverrat beträmpft, verworfen. Herr Schiele und seine deutschnationalen Kollegen sind „aus dem fahrenden Zug“ herausgesprungen, als Stresemann ihn abschloß. Der Reichspräsident hatte die Macht, gegen diesen sogenannten „Vaterlandsverrat“ an das Volk zu appellieren, er konnte den Reichstag auflösen, aber er verzichtete, er folgte dem Rat Stresemanns, er unterschrieb den Vertrag von Locarno.

Die Handelsverträge! Draußen wird den Bauern Landraub, Landabergabe, die Handelsverträge sind Schuld an eurer Not, sie bringen euch die tödliche ausländische Konkurrenz. Man verschweigst aber den Bauern, daß diese Handelsverträge angenommen wurden mit der Zustimmung der Deutschnationalen. Der ganze Bürgerbund, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen Volkspartei und auch die Wirtschaftspartei haben für den Handelsvertrag mit England, mit Frankreich, mit Amerika, mit Italien gestimmt — also für den Tod der Landwirtschaft. Auch hier verzichtete der Reichspräsident sowohl auf die Auflösung des Reichstags, zu der er nach § 25 der Weimarer Verfassung das Recht hatte, wie auf den Volksentscheid, den er nach § 73 anordnen kann.

Der Reichspräsident hat in allen diesen Fällen die ihm zukunftsbedeute Macht nicht ausgeübt. Worum handelt es sich also? Die Machtverweigerung, wenn sie überhaupt erstahnd gefordert wird, soll nichts anderes als eine Machtschwächung für das Volk sein! Das Recht des Volkes, seine Regierung selbst zu bestimmen, soll ihm aus der Hand genommen werden und an seiner Stelle soll die „Umgebung“ des Reichspräsidenten die Begünstigung der Ministerernennung und Entlassung haben. Ganz wie zu Wilhelm's Zeiten! Das persönliche Regiment in neuer Auflage, das ist das Ziel, es hat uns ja schon einmal herrlichen Zeiten entgegengesetzt.

Mit der Verminderung der Volkskraft geht immer eine Vermehrung der Gewalt, der Wirtschaftsmächte und der Privilegien jener Klassen hand in Hand, die im Kaiserreich den entscheidenden Einfluß behielten — und darauf kommt es an. Denn aus der politischen Macht entsteht im heutigen Staat die wirtschaftliche und Vermehrung der politischen Macht; an der Hand der kapitalistischen Parteien bedeutet wirtschaftlicher Druck, Entziehung und Verschle-

Dem Siedlungswesen in Preußen.

Besten Endes stößt er auf den Krallen der Sozialdemokratie!

Das Siedlungswesen ist von der preussischen Regierung energig gefördert worden. Leider haben die finanziellen Mittel zur Unterhaltung der Siedlungsanstalten bislang nicht ausgereicht, um die ländliche Siedlung so zu fördern, wie das nicht nur die Siedlungsanstalten selbst, sondern auch die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung der die wichtigsten Siedlungsgebiete unterliegen. Immerhin sind, wie amtlich berichtet wird, die Mittel für die ländliche Siedlung in der letzten Zeit reichlicher geflossen. Das Reich und Preußen haben in den letzten Jahren seit der Währungsstabilisierung zusammen 150 Millionen Reichsmark an Zuschüssen für die Siedlung gewährt. Weitere Geldmittel sollen in nächster Zukunft, dementsprechend sind im Jahre 1927 fast doppelt so viel Siedlerstellen in Preußen angelegt als im Jahre 1926, nämlich 2004 gegenüber 1067. Mit einer weiteren Steigerung ist bestimmt zu rechnen. Außerdem sind aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge in den letzten Jahren mehrere tausend Eigenheime für Landarbeiter geschaffen, die auch in diesem Zusammenhang genannt werden müssen.

Die preussische Staatsregierung will mit den zur Verfügung stehenden Mitteln so vielen Familien helfen, wie irgend möglich. Sie will aber neben der sogenannten „Neusiedlung“, also der Anlage von neuen bäuerlichen Stellen, die nicht vernachlässigt werden darf, in der nächsten Zeit die Anlieger-Siedlung und die Siedlung für Landarbeiter, sowie die Anlage gärtnerischer Stellen besonders fördern. Der Landwirtschaftsminister hat kürzlich mehrere Vorreden in dieser Richtung gehalten. Im Einvernehmen mit der preussischen Staatsregierung hat der Reichstag neulich Richtlinien über die Verwendung von Reichsmitteln zur Anstellung von Landarbeitern genehmigt. Danach werden für eine Landarbeiterstelle von vier

bis acht Morgen jährlich etwa 220 bis 250 RM. zu zahlen sein. Um diesen Zweck der Siedlung möglichst zu fördern, sind mit dem Vorstände des Landfreistages Verhandlungen eingeleitet, damit die Kreise — event. unter Beteiligung der provinziellen Wohnungsfürsorgeanstalten — die ländliche Kleinwohnung mehr als bisher fördern. Ferner hat der Landwirtschaftsminister kürzlich entsprechend seinen Erklärungen im Landtage einen Erlaß herausgegeben, nach welchem die Anliegersiedlung mehr als bisher gefördert werden soll. Beim Erwerb eines Gutes zu Siedlungszwecken soll je nachdem geprüft werden, wie weit Land an Anlieger abgegeben werden kann und was aus dem dann, wenn in dem betreffenden Ort früher ein Anliegersiedlerverhältnis schon zu Ende geführt ist. Außerdem soll die Wiederaufnahme eines Anliegersiedlerverhältnisses auch zulässig sein, wenn nachgewiesen wird, daß im früheren Verhältnis die berechtigten Ansprüche der Anlieger nicht erfüllt worden sind. Und endlich sind die Landesfürsorgebehörden angewiesen, die Landabgaben an ländliche Handwerker zu vergrößern, wenn diese in ihrem bisherigen Beruf ihr Auskommen nicht mehr finden können.

Die preussische Domänenverwaltung wird außerdem den Bau von Eigenheimen für die Landarbeiter auf ihren Domänen durch Vergabe von billigen Lehen und Darlehen zu billigen Zinsen unterstützen. Mit dem Erwerb bezugsfähiger Eigenheime soll keine Arbeitsverpflichtung bei einem bestimmten Arbeitgeber verbunden sein.

Aus allem ergibt sich, daß die preussische Staatsregierung bemüht ist, jeden gangbaren Weg zu beschreiten, um die große nationale und soziale Aufgabe der ländlichen Siedlung befriedigend zu lösen.

Unehrliche Ablenkungsmanöver.

Behauptungen der deutschnationalen Presse und die Wahrheit. Der „Vorwärts“-Bericht hat von dem hundertfachen Wuchst des Reichs-Geldschutts einen Kredit von 800 000 Mark erhalten.

Wahr ist, daß der „Vorwärts“-Bericht bei dem deutschnationalen Herrn Goldschmidt niemals einen Kredit beantragt und auch niemals einen Kredit erhalten hat.

Die Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei, soweit sie Minister waren, haben zumal aus ihrer Tätigkeit als Gesellschaftsleiter mit als Tätigkeit im öffentlichen Dienst gerechnet und dadurch ihre Pension wesentlich erhöht.

Wahr ist, daß nicht bei einem einzigen von den wenigen pensionberechtigten sozialdemokratischen Ministern auch nur ein Tag seiner Tätigkeit als Gesellschaftsleiter auf die Pensionen angerechnet worden ist.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann hat die deutsche Wehrmacht an den Feindbund verraten, indem er die

Reichswehr von der Reichstagsabgeordnete aus beschuldigte, den Verfall der Reichswehr durch Korruption gegen zu haltender Feststellungen aus schwerer verraten zu haben.

Wahr ist, daß die sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann im Dezember 1926 von der Tribüne des Reichstages herab auf bekanntes und aus dem „Mangefest Garbanten“ entnommenes Material über die Verbindungen zwischen der Reichswehr und Sozialdemokratie besag.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wels ist Anfang 1927 ausschließlich zu dem Zweck nach Paris gefahren, um dem dort tagenden Exekutivkomitee der Internationale bestimmte Dokumente über die Tätigkeit der Reichswehr zu unterbreiten.

Wahr ist, daß Wels niemals derartige Dokumente beilegen hat. Er hat lediglich an Hand eines Briefes des Reichswehr die Übermittlung falscher bekannter und ausgerechnet hoher Geldsummen deutscher militärischer Stellen nach Ausland geführt. Der Brief ist der Öffentlichkeit bekannt.

terung für die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinbürger. Deshalb darf die politische Macht der Rechten nicht vermehrt, sondern sie muß gebrochen werden! Der Feind steht rechts — gegen ihn muß das Volk die siegreiche Schlacht führen!

Wie wählen Kleinhandel- und Gewerbetreibende!

Von Julius Krause, Leipzig.

Vorstand des Einzelverbandes sozialistischer Handel- und Gewerbetreibender.

Nach der letzten Volkszählung gibt es in Deutschland rund 5 Millionen Kleinbetriebe, 5 Millionen kleine selbständige Existenzen. Wie steht es nun um den Einfluß dieser Kleinhandel- und Gewerbetreibenden? Die Parteien, zu deren Wählern die Kleinhandel- und Gewerbetreibenden bisher gehörten, vertreten nur die Interessen der Großhandelsbetriebe und Großindustrien. Man erlaube den kleinen Selbständigen wohl, diese Parteien zu wählen. Jedemwem der Einfluß auf die Politik dieser Parteien haben die Kleinhandel- und Gewerbetreibenden jedoch niemals ausgeübt.

Kun hat der sogenannte Kleinhandel, zu dem die Handel- und Gewerbetreibenden so getrieben, vor einigen Jahren eine eigene Partei gegründet, die Wirtschaftspartei. Die kleinen Gewerbetreibenden haben sich so gern ein, daß das ihre Partei ist, in der sie zu bestimmen haben. Aber die Wirtschaftspartei ist, wie alle bürgerlichen Parteien, nur der Wille, der sich den Handel- und Gewerbetreibenden im Schutze, nicht aber die Politik der Wirtschaftspartei! Der Haus- und Grundbesitz, der die Interessen der kleinen Selbständigen zu vertreten. Das hat man besonders deutlich in Sachen erkennen können, wo die Hausbesitzer durch die Wirtschaftspartei in der Koalitionregierung einen höheren Anteil an der Ministerien für sich durchsetzen konnten. Die Forderung der Wirtschaftspartei in vielen Ländern erreicht, so in Sachen, wo sie sich einfach für die Handel- und Gewerbetreibenden sozialistisch auswirkte.

Es wird niemand behaupten können, daß man so Politik im Interesse der kleinen Selbständigen treibt. Die Interessen der kleinen Handel- und Gewerbetreibenden liegen in einer anderen Richtung. Nicht hohe Steuerbelastungen, verwerfende Schutzzölle, hohe Zinsen und Gewerbesteuer, Hinterlassenschaften des Bürgerbundes, fördern Handel und Gewerbe; auch nicht die Schikanen der Truhs und Verbände der Produzenten

und Großhändler, deren „Lieferungsbedingungen“ mit dem Verfall des Kartellamtes immer untragbarer werden!

Die Existenz der kleinen Handel- und Gewerbetreibenden ist aufgebracht auf den Konsum der Massen. Die Kaufkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist das Barometer, das ein Steigen oder Sinken der Wirtschaftslage der Handel- und Gewerbetreibenden anzeigt.

Wir sind also nicht daran interessiert, durch Lohnraub die Produktion zu verbilligen, wie es so schon in der Epoche der reaktionären Fabriksysteme heißt, und dadurch den Lebensstandard aller Lohn- und Gehaltsempfänger herabzubringen. Im Gegenteil, wir bekämpfen diese Methoden, nicht nur weil sie unserem sozialen Empfinden widersprechen, sondern weil wir sie für nachteilig halten für die Förderung unserer eigenen Existenz und der gesamten Wirtschaft.

Frage jetzt in den Gegenden, wo dieser Tage Lehnzinsende von Metallarbeitern ausgeplündert werden, Handel- und Gewerbetreibende nach dem Geschäftslage und sie werden aus den Antworten erfahren, wie sehr die Geschäftslage darunter leidet, daß die Kaufkraft einer so großen Zahl von Kunden vorübergehend aufgehoben ist! Ist dies nicht der beste Beweis für die Wichtigkeit unserer Erkenntnis? Darum verlangen wir von den Parlamenten, die wir am 20. Mai wählen sollen, Fortführung der Sozialpolitik und Förderung aller Maßnahmen, die die Lebenslage der kleinen Handel- und Gewerbetreibenden zu heben vermögen.

Handel- und Gewerbetreibende, die zu dieser Erkenntnis ihrer Lage gekommen sind, werden wissen, daß die Förderung dieser Volksschicht durch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gewährleistet ist! Darum, Handel- und Gewerbetreibende, wählt am 20. Mai sozialdemokratisch! Seite 11

Wo sitzen die Nichtwähler?

Den Nichtwählern gilt ganz besonders unser Kampf. Sie sind schlimmer als die schlimmsten Reaktionäre. Aber wo sitzen sie? Endlich hat einmal ein statistisches Landesamt (das von Mecklenburg-Schwerin) sich die Mühe gemacht, ihnen auf die Spur zu kommen. Was war das Ergebnis?

Stadt und Land saßen prozentual denselben Anteil an Nichtwählern. In dieser Hinsicht ist also kein Unterschied. Wohl aber melde die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung aus Stärke voneinander ab.

Den Hauptanteil an Nichtwählern stellen die Frauen. Ihr Anteil beläuft sich beinahe auf zwei Drittel der Nichtwähler.

Und dann kommt etwas Befremdliches: nach Klassen geordnet ist es nicht das Bürgerum, sondern die Arbeiterklasse, die die meisten Nichtwähler stellt. Arbeiter, Angestellte, untere Beamte, Hausangestellte, Pausaler und sehr viele alleinstehende Ehefrauen und Witwen bilden das Heer der Nichtwähler. Sollte man das für möglich halten?

Frage man nach der Altersgliederung der Nichtwähler, so ergibt sich:

Den größten Anteil stellen die Wahlberechtigten von 21 bis 29 Jahren. Darunter stehen die von 21 bis 24 Jahren der Spitze. Sie werden nur noch überrollen von den Schuljahren. Alle anderen Wählergruppen tun ihre Pflicht. Nur die jüngeren Wahlberechtigten verfallen. Und hierbei wiederum zeigte sich, daß es vor allen Dingen Arbeiter und Angestellte unter den jüngeren männlichen Wahlberechtigten waren, die verfielen.

Ein Beispiel zum besonderen Beweis:

17 387 männlichen Nichtwähler aus der Gruppe „Arbeiter“ waren 2006 Nichtwähler, also fast die Hälfte im Alter von 20 bis 30 Jahren. Bei der Gruppe „Angestellte“ war es noch schlimmer. Von den 1910 männlichen Nichtwählern dieser Gruppe befinden sich 1174 Nichtwähler, also mehr als die Hälfte im Alter von 20 bis 30 Jahren.

Auf diese Gruppe muß sich also unsere Agitation besonders konzentrieren.

Die Frauen und hierbei insbesondere die Hausangestellten, haben alle alleinstehenden Frauen und Witwen und schließlich als wichtigste, die junge Generation der Arbeiter und Angestellten.

Hier liegen noch Aufgaben der Wahlarbeit.

Lügen, Lügen . . .

Deutschnationalen und völkischparteiliche Schriftsteller männlichen und weiblichen Geschlechts haben nach Unschuldigungsgründen für das Vergehen ihrer Parteien in der Frage der Reichsrentnerversorgung. Schuld daran, daß sie, die eine feste Bürgerbündelmehrheit gebildet hatten, ihre Verpflichtungen nicht erfüllt haben, liegen die — Sozialdemokraten. Sie hätten den Entschluß, daß die Reichsrentner 10 000 Mark durch die Zinssenkung verloren haben, abgelehnt. Die Sozialdemokratie muß sich dieses Verbrechens schuldig bekennen. Aber sie hat sich nicht bekennen. Das sind die Deutschnationalen, die bei der Wahlurne über die Verurteilung, an der die Verurteilung beginnen soll, in zwei Klassen getrennt. Die Deutschnationalen Abgeordneten hielt sich keine Mühe, eine deutschnationalen Partei zu bilden, sondern im Ausnahmefall von der Reichsrentnerversorgung. Die Deutschnationalen stimmten gegen die 10 000-Mark-Grenze. Die Deutschnationalen wollten also trotz ihrer zugehörigen Verpflichtungen bei der Wahlurne noch nicht, was sie wollten.

Die Sozialdemokratie wollte, was sie wollte, und was sie nicht wollte. Sie wollte nicht eine bezugsfähige Oberhaupt von Kleinrentnern schaffen. Die von der kapitalistischen Volkspartei

beantworte Grenze von 10 000 Mark hätte zur Folge gehabt, daß ein Kleinrentner mit einem Betrag von 10 000 Mark, der aber wieder neues Vermögen zu erwerben, aber nicht bereit hat, eine Reichsrentner beizugeben, dem gerechtes und neu erworbenes Vermögen sollte nicht anzureichen werden. Ein Kleinrentner dagegen, der 9000 Mark verloren, nichts vererbt und nichts erworben hat, wäre ausgeschlossen worden. Die Sozialdemokratie wollte einen möglichst großen Kreis von enteigneten Spazern in die Rentenversorgung einbezogen wissen.

Kommt den Bürgerbündelparteien trotzdem nicht zum Bewußtsein, wie lächerlich ihr Versuch ist, ihre eigene Schuld auf die Sozialdemokratie abzuwälzen? Sie brauchen sich doch nur zu einigen, dann konnten sie, ohne nach der Sozialdemokratie etwas zu fragen, beschließen, was sie wollten. Haben sie bei der Sozialpolitik, bei der Steuerentlastung für den Großbetrieb, beim Betrag der Lohnkürzungsverpflichtungen, nach der Sozialdemokratie gefragt? Die Ausfälle wären also nicht. Es steht beim Vergehen des Bürgerbundes. Die Wähler müssen dann antworten mit der

Wahl der Liste 1!

Der alte Fritz mit Otto Gebühr * Adler-Theater

Ab Freitag im

Wilhelmshaven.

Besetzt: Wahlen zum Reichstag und zum
verpflichten Sonntag am 20. Mai 1928.

Die Bekanntgabe der Abgrenzung der
Stimmbezirke und der Lage des Abstimmung-
saal für die Wahlen zum Reichstag und
zum Sonntag am 20. Mai d. J. erfolgt durch
Ausgabe am Sonntag den 13. Mai.

Die Wahl findet am Sonntag, dem 20. Mai
dieses Jahres, von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr
nachmittags, statt. Die Stimmabgabe erfolgt
mittels amtlich hergestellter Stimmzettel in
amtlich abgetrennten Umkleekabinen. Die Stimm-
zettel für die Reichstagswahl sind aus weisem
und die für die Landtagswahl aus rotem
Papier hergestellt. Jede Stimmzettelkarte ist
nur einem Umklee-Kabinen zugeordnet. Die
Stimmzettel werden amtlich hergestellt. Sie
enthalten alle zugehörigen Kreiswahlbezirke,
die Partei und die Namen der ersten drei Vor-
wähler sowie der Vorwähler. Die Stimmabgabe
geschieht dadurch, daß der Wähler durch ein auf
den Stimmzettel geleitetes Kreuz oder durch
Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise
den Kreiswahlbezirk bezeichnet, dem er seine
Stimme geben will.

Ungültig sind:
Stimmzettel, die nicht in einem amtlich her-
gestellten oder die in einem mit her-
gestellten versehenen Umklee-Kabinen
abgegeben worden sind; ferner
Stimmzettel, die nicht als amtlich hergestell-
te erkannt werden können;
Stimmzettel, auf denen der Name des Wählers
nicht unversehrt zu erkennen ist;
Stimmzettel, denen irgendwelche durch den Um-
klee-Kabinen herbeigeführten Gegenstände be-
festigt sind;
Stimmzettel, die mit Vermerkungen oder Vor-
schreibungen versehen sind, oder denen ein
Zusatz oder Schriftstück beigesetzt ist.

Zur Stimmabgabe zugelassen werden nur
Personen, die in die Stimmkabinen eingetreten
sind oder einen Stimmzettel abgegeben haben.

Die Ausgabe von Stimmzetteln für beide
Wahlen erfolgt im Wahlamt, Zimmer 12 des
Kasernen, bis Freitag, den 18. d. M., 7 Uhr
abends. Am Sonntag werden keine Stimm-
zettel mehr ausgeben. Zum Wahlamt ist für
die Ausgabe von Stimmzetteln auch am
Sonntag, den 20. Mai, bis 1 Uhr geöffnet.

Wilhelmshaven, den 13. Mai 1928.
Der Regier. Rat.

Kirchliche Nachrichten.

Kirche Vant.

Gottesdienst 10 Uhr: Gottesdienst. Pastor
Wöden.

Kirche zu Heppens.

Gottesdienst 10 Uhr: Gottesdienst mit Liedern
des Kirchenchores. Domburg.

Kirchl. Nachrichten Neuende.

Donnerstag 17. Mai (Gottesdienst) 10 Uhr:
Gottesdienst. Predigt. Sammlung für die
innere Mission.

Gemeinde Schortens.

Die Landtags- und Reichstagswahl am
20. Mai beginnt für die Gemeinde Schortens
um 8 Uhr vormittags und endet um 5 Uhr
nachmittags. Näheres Auszug (Gemeindeblatt)
Schortens, den 13. Mai 1928.
Gemeindevorstand. J. O. N.

Gemeinde Ohmstedt.

Es wird darauf hingewiesen, daß

Infektionskrankheiten

im Hinblick auf das bevorstehende Fest nur
von nachfolgenden Infektionskrankheiten ausgeht
werden dürfen:

Schreiber: Wirt, Donnerstags.
Bücher: Heinrich Robert II.
Robur: H. H. H.
Stadler: H. H. H.
Stadler: H. H. H.
Stadler: H. H. H.
Stadler: H. H. H.
Stadler: H. H. H.
Stadler: H. H. H.

Die auszuführenden Arbeiten müssen auf
begehrten Terminen, welche auf dem
Rechnungsbureau in Haderup zu haben sind,
von der Firma angenommen werden. Sitzungen
im Rechenbureau sind von der Firma Schreiber
& Wirt, Donnerstags, Chaussee 5, Leipzig 438
zu nehmen.

Der Gemeindevorstand. Ganten.

Sozialdemokr. Partei Oldenburg.

Öffentliche

Wähler-Verfammlungen

am Donnerstag, dem 17. Mai (Gottesdienst)

in Osterburg

nachm. 4 Uhr, in der "Humburg" (Rampel)

in Gverfen

Mittwoch, dem 16. Mai, abends 8 Uhr,

bei Hermann (Verkehr)

Rechnungsbureau. Öffentliches in beiden

Verfammlungen über die Wahlen am 20. Mai.

Dieser hat die Wähler und Wählerinnen

den Osterburg und Gverfen sehr eingeladen

Sind es
Wandfliesen
Sind es
Fußbodenplatten
Sind es
sanitäre Gegenstände

besuchen Sie die
Masterausstellungen
von
Willy C. Weber
Oldenburg, am Bahnhofplatz 6
Fernruf 1167

Rüstringer Kraftverkehr.

Gesellschafts-Fahrten

im eleganten Kraftomnibus mit 28 Sitzplätzen
bei billiger Preisberechnung. Ausfahrt durch
Strohmweg (Hauptstr. 1110) und Betriebsamt
Rüstringen (Hauptstr. 192).

Kraftverkehrlicher Sonntagsdienst

für Mitglieder der Reichsbetriebskassenkasse
am Sonntag.

Es ist in jedem Falle zu vermeiden, daß
ausgehenden Kraftverkehr zu bekommen. Will
niemand nicht in den Tag, sondern in den
Sonntag, so ist in jedem Falle zu vermeiden.

Sonntag Dr. Schwanhäuler Peterstr. 26
Dr. med. Ralf, Feinschneidstr. 10 und
Georgstr. 10

Gültig für die Nächte vor und nach Sonntag
und für den Tag selbst.

Apotheken Sonntags- und Nachtdienst:
Gehörn-Rothstr. Adler Straße 17.

Reichsbetriebskassenkasse
Der Vorstand des Reichsbetriebskassen.

Karstadt-Handschuhe



Damen Handschuhe
gute Zwirn-Qualität,
farbig 0.65

Damen Handschuhe
schöne mod.
Streifen, gute Qualität 1.25

Damen-Phant-Handschuhe
anzuk., moderne Maß,
hervorrag. Qualität, 1.95

Damen-Handschuhe, Wilded,
mit, in Qual., best. Preis
1. Wasche, weiß u. gelb 1.95

Damen-Handschuhe
Waschleder, gute Leder-
Qual., Stepper, w. u. gelb 5.25

Herren-Handschuhe
feine, gute Milano-
Qualität, grau 1.75

Herren-Handschuhe
Waschleder, gute Qual.,
Stepper, Permutin-Knoel 4.95

Landestheater

Mittwoch, den 16. Mai

3.15 bis 10 Uhr: 2. Se-
le für Kaufm. Vorstel-

lung Nr. 32. Die toten
Wesen" Schiller

Freitag, den 18. Mai

7.30 bis 10 Uhr: 1. Se-
le für Kaufm. Vorstel-

lung Nr. 32. Die toten
Wesen" Schiller

Freitag, den 18. Mai

7.30 bis 10 Uhr: 1. Se-
le für Kaufm. Vorstel-

lung Nr. 32. Die toten
Wesen" Schiller

Freitag, den 18. Mai

7.30 bis 10 Uhr: 1. Se-
le für Kaufm. Vorstel-

lung Nr. 32. Die toten
Wesen" Schiller

Freitag, den 18. Mai

7.30 bis 10 Uhr: 1. Se-
le für Kaufm. Vorstel-

lung Nr. 32. Die toten
Wesen" Schiller

Freitag, den 18. Mai

7.30 bis 10 Uhr: 1. Se-
le für Kaufm. Vorstel-

lung Nr. 32. Die toten
Wesen" Schiller

Freitag, den 18. Mai

7.30 bis 10 Uhr: 1. Se-
le für Kaufm. Vorstel-

lung Nr. 32. Die toten
Wesen" Schiller

Freitag, den 18. Mai

7.30 bis 10 Uhr: 1. Se-
le für Kaufm. Vorstel-

lung Nr. 32. Die toten
Wesen" Schiller

Freitag, den 18. Mai

7.30 bis 10 Uhr: 1. Se-
le für Kaufm. Vorstel-

lung Nr. 32. Die toten
Wesen" Schiller

Freitag, den 18. Mai

7.30 bis 10 Uhr: 1. Se-
le für Kaufm. Vorstel-

lung Nr. 32. Die toten
Wesen" Schiller

Neue Darbietungen

NEUES SCHAUSPIELHAUS: Direktor Robert Hellwig.

Einem genauen Abend russischer Romantik bietet das

Gross-Russische National-Orchester

Leitung: Alexander

Michailowitsch

25 Künstler

Freitag, den 18. Mai, abends 8.15 Uhr.

Karten von 1.10 bis 3.90 RM.

Gut erhaltenen

Kinderwagen

billig zu verkaufen

Verkehr. III. III. I.

Naturheilverein

Ab 8 Uhr morgens

Streifen im Luftbad

am Sonntag

Ab 3 Uhr, Besichtigung

der Mitglieder und

der Kinder, Eintritt

mitbringen. Jeder kann

Abgeben anfragen.

Der Vorstand

Reinholden-Verein

Rüstringen e. B.

Am Freitag, den 18. d. M.

und Freitag, den 19. d. M.

von 8 bis 9 Uhr abends

findet im Saal der be-

reinen Wähler Vorstel-

lung statt. Jeder kann

Abgeben anfragen.

Der Vorstand

Wähler, wählt nur Liste 1!

ACHTUNG! ACHTUNG!

WIR BRINGEN AB FREITAG DEN

NEUESTEN GROSSFILM MIT

HARRY LIETKE

UND

MARIA PAUDLER

WOCHENEND

-ZAUBER

EIN LIED VON LIEBE

UND FROHLICHKEIT

DEUTSCHE LICHTSP.

Wilhelmshavener Gesellschaftshaus!

Von Sonntag, den 20. Mai bis Sonntagabend, den

26. Mai 1928, abends 8 Uhr - Elsalz 7 Uhr:

Kurzes Sensations-Gastspiel

der weltberühmten Zauber-Revue

Lord Silvester nebst Gefolge.

Amerikanische Illusionen - Unseen - Variete.

Außerdem Sonntag u. stitwoch, Anfang 8 Uhr:

Gr. Kinder-u. Familienvorstellung

zu ganz kleinen Preisen.

Nachmittagspreise von 40 Pf. an, Abendpreise von 80 Pf. an.

Karten Vorverkauf: Jede Sechsbücherei, gegenüber dem

Stadthof, E. Keith, Ecke -Hofstraße und Peterstraße,

Meyer, Wilhelmshavener Straße 78

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76

Dr. Seifert, Wödenstr. 76